Ein Bruch zwischen Carranza und Villa?

Unter den beiden Rebellenführern Villa und Carranza ist es zu bedeutsamen Meinungsverschiedenheiten gekommen. Villa fühlte sich nämlich durch die Uebertragung des Oberbefehls der Truppen Carranzas an den General Madero verletzt und unterstützte deshalb diesen nicht bei dem Angriff auf Zacatecas. Ja Villa entfernte sogar in Torreon, Chihuahua und Juarez die von Carranza eingesetzten Beamten aus ihren Aemtern und ließ sie einkerkern. Der ganze Norden Mexikos befindet sich in seiner Gewalt. Es ist leicht möglich, daß die Rebellen durch diesen Zwiespalt der bisher erzielten Erfolge verlustig gehen, wenn auch Carranza vorläufig noch sich sicher fühlt und jede Nachgiebigkeit gegen die Vermittlungskonferenz ablehnt. Er bringt diese dadurch um die Frucht ihrer Arbeit, denn sie müssen nun selbst eingestehen, daß ihnen eine Lösung der Streitfragen nicht geglückt ist. Wir verzeichnen folgende Meldungen:

Villas Verzicht auf den Oberbefehl.

New York, 17. Juni. Telegramme aus El Paso melden, daß General Villa in der vergangenen Woche Carranza seinen Verzicht auf den Oberbefehl angeboten habe. Daraufhin hätten Villas militärische Führer eine Konferenz abgehalten und Carranza benachrichtigt, daß sie keinen anderen Führer als Villa anerkennen würden. Gestern besetzte Oberst Ornales, der Militärgouverneur von Juarez, ein Parteigänger Villas, mit Waffengewalt die Telegraphenämter von Juarez, die unter Carranzas Kontrolle standen. Villa befahl allen Garnisonskommandeuren des Gebietes, das unter seiner Kontrolle steht, unverzüglich nach Torreon zu kommen.

Kein Bruch zwischen Carranza und Villa.

El Paso, 17. Juni. General Villa stellt in Abrede, daß es zwischen ihm und General Carranza zum Bruche gekommen sei.

Ergebnislose Verhandlungen.

Niagara Falls, 17. Juni. Auf der gestrigen Konferenz der nordamerikanischen Delegierten mit den Vertretern der Konstitutionalisten, die in Buffalo stattfand, scheiterte der Versuch, die Rebellen in Uebereinstimmung mit der Vermittlungskonferenz zu bringen. Die Konstitutionalisten teilten den Amerikanern mit, sie seien nicht imstande, dem Waffenstillstand zuzustimmen, und erklärten, nur ein hervorragender Mann aus ihren Reihen sei für sie als provisorischer Präsident annehmbar. Da die Delegierten Huertas sich weigern, einen Rebellen als provisorischen Präsidenten anzunehmen, glauben alle an den Vermittlungsverhandlungen Beteiligten, am Freitag finde die letzte Sitzung statt. Die Vermittler selbst haben die Hoffnung aufgegeben, das Problem der inneren Lage Mexikos zu lösen.

Politische Uebersicht

Die Vorlage über religiöse Orden in Hessen.

Die hessische Zweite Kammer trat am Mittwoch mittag in die Beratung der Regierungsvorlage über die Revision der Gesetze über die religiösen Orden und ordensähnlichen Kongregationen ein. Zur Begründung der Vorlage ergriff der Minister des Innern das Wort, um falschen Schlüssen und übertriebenen Befürchtungen entgegenzutreten, die sich in evangelischen Kreisen an die Einbringung der Vorlage knüpften. Namentlich trat er der Befürchtung entgegen, daß durch die Bestimmung, wonach die Niederlassung von religiösen Orden usw., deren Mitglieder sich ausschließlich der Seelsorge widmen, gestattet werde, die Rückkehr der Jesuiten ermöglicht werde. Die Rückkehr der Jesuiten sei und bleibe nach den bestehenden Gesetzen ausgeschlossen und werde auch durch diese Vorlage nicht ermöglicht. Sodann trat der Minister dem Vorwurf entgegen, daß sich die Regierung durch die Vorlage staatlicher Hoheitsrechte begebe. Die vorhandenen Bestimmungen reichten vollständig aus, um etwaigen Uebergriffen der Orden entgegenzutreten. Von diesen Bestimmungen halte es die Regierung übrigens nicht für nötig Gebrauch zu machen, da es im Interesse der Orden selbst läge, alles zu vermeiden, was in weiteren Kreisen Anstoß errege. Daß Proteste aus evangelischen Kreisen kommen würden, habe man vorausgesehen; überrascht habe nur die große Zahl. Da es sich aber um eine konfessionelle Frage handelte, in der eine Einigung nicht zu erzielen sei, sei es um so mehr Aufgabe der Regierung, alle religiösen Streitigkeiten und Spaltungen zu vermeiden und den Frieden zu wahren. Die Regierung habe geglaubt, mit der Vorlage den berechtigten Klagen katholischer Kreise entgegenzukommen, wobei sie die fast einstimmige Zustimmung der Kammer erhalten habe. Wenn einerseits aber die Konfessionen als unzulänglich bezeichnet würden und der Regierung andererseits vorgeworfen werde, daß sie sich staatlicher Hoheitsrechte begebe, würde ihr Bestreben, den konfessionellen Frieden zu wahren, erschwert. Die Regierung glaube, daß es trotz des ausgebrochenen Sturmes möglich sein werde, den konfessionellen Frieden zu erhalten, wenn man mit Sachlichkeit ohne Voreingenommenheit und mit Hintansetzung aller Parteiinteressen an die Beratung herangehe von der Ueberzeugung ausgehend, daß sie dem Wohl des Landes und der Erhaltung des religiösen Friedens diene.

Die Reichs- und Staatsangehörigkeit und die deutschen Frauen.

Die „Juristischen Tagesfragen" schreiben:

Die Novelle zum Staatsangehörigkeitsgesetz sieht für Frauen keine Aenderung des bisherigen Rechtszustandes vor. Eine Frau verliert danach die Eigenschaft als Deutsche, wenn sie einen Ausländer heiratet. Diese Bestimmung erfreut sich keines Beifalls beim weiblichen Geschlecht. Am bittersten klingt die Klage einer Dame in der neuen Cottaschen Zeitschrift „Der Greif". Nach ihrer Ansicht führt die erwähnte Bestimmung in der Praxis zu schweren Schädigungen der Familie, weil bei eintretender Hilfsbedürftigkeit des Mannes allein die durch ihre Heirat zur Ausländerin gewordene Frau Gefahr läuft, aus dem Lande, in dem sie geboren und erzogen ist und in dem sie für sich und ihre Kinder das Brot verdient, als lästige Ausländerin ausgewiesen zu werden. Richtig ist, daß in anderen Ländern anders verfahren wird. Der Engländerin z. B., die einen Deutschen heiratet, wird in ihrem Mutterlande das Recht gewahrt, trotz der Verehelichung Engländerin zu bleiben. Unzuträglichkeiten aus der doppelten Staatsangehörigkeit scheinen sich dort nicht zu ergeben. Gerade das aber hat man bei uns besorgt, und um den daraus sich ergebenden Schwierigkeiten vorzubeugen, ist es bei dem bisherigen Rechtszustand verblieben. Zumal in den Fällen, die die Beschwerdeführerin hervorhebt, wird man vom Standpunkte der Fürsorgepolizei nicht darauf verzichten können, die Ehefrau eines erwerbslosen Ausländers gleichfalls als Ausländerin zu behandeln. Allerdings hätte erwogen werden können, ob nicht wirtschaftlich selbständigen Frauen deutscher Geburt auch während der Dauer ihrer Ehe mit einem Ausländer die Rückkehr in den deutschen Reichsverband für ihre Person zu gestatten wäre. Bei diesem Punkte müßte später einmal der Vorschlag zu einer Verbesserung des Gesetzes einsetzen.

Deutsches Reich.

* **König Friedrich August** reiste am Mittwoch abend 8.32 Uhr in Begleitung des Flügeladjutanten von Metzsch, des Generalleutnants von Tettenborn, des Freiherrn von Fritzsch und des Grafen Castel als Vertreter des Ministers des Aeußern nach Petersburg zum Besuche des Zaren ab.

* **Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Edmund Fischer** war vor drei Jahren wegen Beleidigung des Gemeinderats von Prießnitz zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er hatte dagegen Revision eingelegt, die wegen der langen Legislaturperiode erst am Mittwoch zur Verhandlung kam. Die Revision wurde verworfen und Fischer muß nun seine Strafe abbüßen.

* **Die deutsche Wirtschaftsentwicklung und die kommenden Handelsverträge.** Ueber dieses Thema spricht Syndikus Dr. Stresemann am Freitag, den 19. Juni 1914, abends ½9 Uhr, im Großen Saale von Stadt Nürnberg. Die kommenden Monate werden über die zukünftige deutsche Wirtschaftspolitik entscheiden, da die auf dem gegenwärtigen Zolltarif basierenden Handelsverträge am 31. Dezember 1917 erlöschen, wenn sie ein Jahr vorher gekündigt werden. Der Bund der Landwirte arbeitet schon jetzt mit allen Mitteln darauf hin, daß die Neuorientierung unserer Handelspolitik in seinem Sinne ausfällt; er fordert den lückenlosen Zolltarif. Schon die gegenwärtigen Handelsverträge waren für den größten Teil der deutschen Produktion, besonders für unsere verarbeitende Industrie eine schwere Enttäuschung. Den Konsumenten brachte die Zollpolitik eine Verteuerung der Lebenshaltung. Ein neues Anziehen der Preise der Lebensmittel würde die Folge des lückenlosen Zolltarifs sein. Es ist deshalb notwendig, daß auch die Konsumenten beizeiten ihre Stimme erheben, damit beim Abschluß der kommenden Handelsverträge die Interessen aller Schichten unseres Volkes berücksichtigt werden. Deshalb sei auf den Vortrag Dr. Stresemanns ausdrücklich auch an dieser Stelle hingewiesen.

*

* **Zur Erkrankung des Grafen Schwerin-Löwitz.** Vom Kaiser ist am Mittwoch morgen beim Präsidenten des Abgeordnetenhauses Grafen von Schwerin-Löwitz folgendes Telegramm eingegangen: „Seine Majestät haben mit großem Bedauern von der Erkrankung Seiner Exzellenz gehört, ersuchen um Nachricht und lassen gute Besserung wünschen. von Mutius, Flügeladjutant vom Dienst." — Hierauf erfolgte sofort die Antwort, in der es heißt: „Tiefbewegt bitte ich, Seiner Majestät meinen allerunterthänigsten Dank für die allergnädigste Anteilnahme zu unterbreiten, nachdem durch den Hinzutritt von sehr schmerzhaften Nervenentzündungen mein Allgemeinbefinden schlechter geworden ist, obgleich das Fieber zurückgegangen ist." Auch von der Großherzogin Luise von Baden ging ein sehr herzliches Telegramm ein, ebenso von zahlreichen anderen Fürstlichkeiten, dem Reichskanzler, sowie fast sämtlichen Ministern und Staatssekretären.

* **Herr von Pichler.** Der König von Bayern hat dem Landtagsabgeordneten und Zentrumsführer Pichler den persönlichen Adel verliehen.

Ausland.

Frankreich.

* **Veränderungen im Heere.** Der Befehlshaber des dritten Armeekorps in Rouen, General Balabrègue, wird demnächst von seinem Kommando abberufen und in den Obersten Kriegsrat versetzt werden. Er wird also einer der für den Kriegsfall ausersehenen Führer eines Heeres im Felde werden. Balabrègue ist, wie wohl allgemein bekannt sein dürfte, Jude. Am Dienstag ging in den Wandelgängen der Kammer das Gerücht, daß der neue Kriegsminister Herr Messimy die alte Rechnung der Radikalen mit dem Höchstbefehlenden General Joffre und dem General de Castelnau begleichen werde, indem er sie ihrer Stellen enthebt. Aus der Umgebung des Herrn Messimy wurde dieses Gerücht sofort für mutwillige Erfindung erklärt.

Schweiz.

* **Ein neues Fabrikgesetz.** Der Nationalrat in Bern hat einstimmig das neue Fabrikgesetz angenommen. Das Gesetz beruht auf einem Kompromiß zwischen Industrie und Arbeiterschaft. Es bringt den Zehnstundentag, schränkt die Nacht- und Sonntagsarbeit ein und verbietet diese für Frauen und Jugendliche unter achtzehn Jahren, setzt als Mindestalter für Fabrikarbeiter vierzehn Jahre fest und gewährt einen Wöchnerinnenschutz von zwei bis sechs Wochen.

Schweden.

* **Der 2. Nordeuropäische Fischhändler- und Hochseefischereikongreß**, der zugleich den 2. Zwischenstaatlichen Ostseefischereikongreß umschließt, ist am Mittwoch in Malmö mit einer Begrüßungsansprache des Ehrenpräsidenten 1. Hofjägermeisters Freiherrn von Trolle eröffnet worden.

41. Deutscher Gastwirtetag.

Magdeburg, 17. Juni. (Tel.)

In Gegenwart des Regierungspräsidenten Dr. Miesitscheck v. Wischkau, des Bürgermeisters Schmiedel, des Polizeipräsidenten von Alten, des Stadtverordnetenvorstehers Schneidewien und verschiedener anderer Ehrengäste fand heute vormittag im „Odeon" die

Hauptversammlung

des 41. Deutschen Gastwirtetages statt.

Die Verhandlungen eröffnete der Vorsitzende des Magdeburger Gastwirtevereins Zauche mit einem Dank an den Regierungspräsidenten für die Uebernahme des Protektorats über die Tagung und einem weiteren Dank für die behördliche Unterstützung und Förderung, die der Gastwirtetag hier gefunden habe. Dann nahm, mit Beifall begrüßt, der Regierungspräsident Dr. Miesitscheck v. Wischkau das Wort und verbreitete sich über die Bedeutung des deutschen Gastwirtestandes für die gesamte Volkswirtschaft. Er hob hervor, welch ungeheure Entwicklung das Gastwirtsgewerbe überall genommen habe, und betonte, daß die Entwicklung dieses Gewerbes von größter Bedeutung für alle Völker sei.

Bürgermeister Schmiedel überbrachte die Grüße der Magdeburger Stadtverwaltung.

Der Präsident Anton Ringel (Berlin) dankte dem Regierungspräsidenten für die Uebernahme des Protektorats und begrüßte besonders den Vorsitzenden des Bundes Deutscher Gastwirte Kaempf (Leipzig), wobei er der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Bestrebungen auf Vereinigung der beiden Verbände von Erfolg gekrönt sein möchten. Weiter begrüßte er Dr. Grüßmann vom Internationalen Institut für Hotelbildungswesen und schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Kaiser.

Stadtrat Maß (Magdeburg) begrüßte die Versammlung namens des Brauereiverbandes. Er erklärte die Bereitwilligkeit der Brauer, Hand in Hand mit den Gastwirten gegen die behördliche Bedrückung und Bevormundung vorzugehen.

Der Vorsitzende des Bundes Deutscher Gastwirte Kaempf (Leipzig) betonte, daß eine Einigung der großen deutschen Gastwirtsverbände, soweit sie auf vaterländischem Boden ständen, von größter Wichtigkeit für das Wohlergehen des Gastwirtsgewerbes sei.

Hierauf wandte sich die Versammlung dem wichtigsten Punkte der Tagesordnung, der Stellungnahme zu der

Vorlage über § 33 der Gewerbeordnung

zu. Das deutsche Gastwirtsgewerbe, das heute mit Steuern und Abgaben bis zum Umsinken belastet ist, glaubt ein Recht zu haben gegen die schädigende Konkurrenz des Flaschenbierhandels der Speisewirtschaften, Pensionate u. a., die heute von allen Lasten frei sind, aber alkoholische Getränke vertreiben und in nichts den Gastwirtschaften nachstehen. Nur bei gleichzeitiger Behebung der vorhandenen Uebelstände können die Reformvorschläge der Regierung für das Gewerbe und das Gemeinwohl nützlich sein. Diese Vorschläge sind sonst im Kampf gegen die übrige Konkurrenz nur neue einseitige Lasten für das Gewerbe und eine Begünstigung der Konkurrenz, die einen noch beschleunigteren Niedergang des Gewerbes zur notwendigen Folge haben müßten.

Zu den einzelnen Punkten der Vorlage erklärt der Redner, daß der Deutsche Gastwirtstag die Einbeziehung der alkoholfreien Wirtschaften unter die Erlaubnispflicht und Bedürfnisfrage begrüße, dagegen gingen die Bestimmungen in Ziffer 1 bezüglich der Versagung der Erlaubnis, wenn Tatsachen vorliegen für die Annahme, daß der Bewerber nicht die erforderliche Zuverlässigkeit besitze, zu weit. Im übrigen hält der Verbandstag die Erfüllung nachstehender Forderungen für unerläßliche Voraussetzung für die Genehmigung der Regierungsvorlage: 1. daß der Kleinhandel mit Bier unter die Erlaubnispflicht und die Bedürfnisfrage gestellt wird, auch in Speisewirtschaften, Pensionshäusern usw.; 2. die Erlaubnis zum Ausschank geistiger Getränke kann nur für alle Getränke dieser Art erteilt werden; 3. vor Erteilung der Schankerlaubnis sind Vertreter des Gastwirtsgewerbes gutachtlich zu hören. — Zu § 33a hält der Gastwirtetag den Nachweis der Zuverlässigkeit für unnötig und unzweckmäßig, da der Polizei Versagungsgründe hinreichend zur Verfügung stehen. Ebenso werde Protest eingelegt gegen die polizeiliche Untersagung bei Musikaufführungen. Die Unbestimmtheit der Voraussetzungen für die Anwendbarkeit dieser Bestimmung überantworte den Gastwirt dem Schutzmann bzw. dem Hausbewohner. — Zu den §§ 45 bis 42 hält der Verbandstag die bevorstehende Aenderung zur Abwendung der großen sozialen Schäden aus dem Flaschenbierhandel von Beamten für notwendig und erblickt Abhilfe in der Konzessionspflicht und Stellung unter die Bedürfnisfrage. Zu § 40b hält der Verband die Zulässigkeit der Erteilung der Schankerlaubnis an juristische Personen in Ansehung des stetigen Vordrängens des spekulativen Bankkapitals für eine Gefahr für den Wirtestand. Diese Bestimmung müsse gestrichen werden. Nach einer kurzen Debatte stimmt der Verband einmütig der vorgelegten Entschließung zu, jedoch mit dem Hinzufügen, daß er die Anhörung von Gastwirten in der Bedürfnisfrage als unerläßliche Voraussetzung für das Zustandekommen des Gesetzes betrachte.

Schiffsbewegungen in der Kaiserlichen Marine.

Berlin, 17. Juni. Eingetroffen: S. M. S. „Goeben" mit dem Chef der Mittelmeerdivision am 16. Juni in Tripoli (Syrien), S. M. S. „Iltis" am 15. Juni in Tsingtau, S. M. S. „Jaguar" am 16. Juni

Professor Bergsons Problem der Persönlichkeit.

Professor Bergson, der Pariser Modephilosoph, dessen wissenschaftliche Bedeutung unter dieser Eigenschaft hoffentlich nicht leiden wird, hat auf die Einladung der Universität in Edinburg eine Reihe von Vorträgen über das Problem der Persönlichkeit veröffentlicht. Das Problem der Persönlichkeit gilt ihm als das zentrale Problem der Philosophie überhaupt, da alle philosophischen Fragen dahin zusammenlaufen. Der Gedankengang, den Professor Bergson in seinen ersten Vorträgen entwickelte, ist in kurzer Zusammenfassung folgender: Das Hauptziel der Philosophie hat immer darin bestanden, in einer einzigen Anschauung die Gesamtheit der Dinge einzuschließen. Philosophieren ist also gewöhnlich gleichbedeutend mit Vereinigen. Diese Vereinigung kann aber in zwei verschiedenen Arten erfolgen. Die erste, die von den griechischen Philosophen angewandt wurde, besteht darin, die unbegrenzte Vielheit der individuellen Dinge auf eine gewisse Zahl von Begriffen zurückzuführen und diese wiederum auf eine einzige Idee, die dann alles umfaßt. Das zweite Verfahren, das der Naturwissenschaft und der modernen Philosophie, besteht in der Feststellung von gesetzmäßigen Beziehungen gegenseitiger Abhängigkeit zwischen den Dingen oder vielmehr Tatsachen und in der Voraussetzung, daß es Schritt für Schritt möglich sein werde, zu Gesetzen von immer allgemeinerer Gültigkeit zu gelangen, bis wir endlich das einzige Prinzip erreichen, auf das sich alles zurückführen läßt.

In beiden Arten der Untersuchung wird die ganze Wirklichkeit als ein zusammenhängendes System gedacht, das unserm Verstand volle Befriedigung gewährt. Es bleibt aber in beiden Fällen die Schwierigkeit bestehen, einen Platz für die Persönlichkeit zu finden oder wirkliche Individualitäten anzunehmen, die eine eigentliche Unabhängigkeit besitzen und jede für sich eine kleine Welt in der großen Welt darstellen. Daher kommt jede philosophische Lehre im Verhältnis zu ihrem systematischen Aufbau mehr und mehr zur Auffassung der menschlichen Person in das All. Daraus ergibt sich, wenn auch die Philosophie sich zur höchsten Befriedigung unsres Verstandes entwickelt, ein Widerspruch von seiten unseres Willens. Dieser Protest hat sich in der Geschichte der philosophischen Systeme immer wieder gezeigt als Skeptizismus, Kritizismus, kritischer Idealismus usw. Die Wurzel all dieser Eingriffe gegen die metaphysische Lehre ist nichts anderes als eine Auflehnung des Willens, der auf seiner Unabhängigkeit besteht.

Bergson meint nun, daß einer Philosophie, die beide Bedürfnisse, das des Willens und das des Verstandes, zu vereinigen sucht, die Zukunft gehöre. Was man im allgemeinen als gesunden Menschenverstand bezeichnet, glaubt an die Möglichkeit einer solchen Vereinigung. Es würde aber ein Irrtum sein, anzunehmen, daß die Vereinigung durch gegenseitige Zugeständnisse der beiden Gegner erzielt werden könnte. Ein Verfahren, das nur mit den Begriffen arbeitet und nicht die Wirklichkeit selbst und direkt befragt, würde zu unserer Erkenntnis nichts hinzufügen. Der Mensch muß versuchen, mit dem Bewußtsein, das er von seiner eigenen Persönlichkeit hat, an die verschlossenen Gebiete heranzutreten. Daher müssen zuerst die Elemente untersucht werden, aus denen sich die Persönlichkeit zusammensetzt oder zusammengesetzt erscheint. Da ist zunächst das Bewußtsein, das wir von unserem Körper mit all seiner organischen Empfindlichkeit haben, das Gedächtnis für alles Vergangene, ferner eine gewisse Vorausnahme des Zukünftigen. Zu all diesem hat die Persönlichkeit eine Beziehung, ist aber in keiner dieser Fähigkeiten eigentlich enthalten.

Vor dem Eintritt in eine eigene Untersuchung über die grundlegenden Fragen, worin die Beziehung der Persönlichkeit zu diesen geistigen Eigenschaften besteht, wandte sich Bergson zu den beachtenswertesten Auffassungen früherer Philosophen von der Persönlichkeit und verweilte insbesondere bei Plotinos, der als bedeutendster Neuplatoniker anerkannt wird. Dieser in Aegypten geborene Grieche, der im 3. Jahrhundert unserer Zeitrechnung lebte, warf die Frage auf, wie unsere Person einerseits einzeln, andererseits vielfach sein kann. Er gab die Antwort, die bei dieser Fassung des Problems nach der Meinung Bergsons unvermeidlich ist, daß nämlich jeder Mensch in seiner niederen Natur vielfach und in seiner höheren Natur eine Einheit sei. Mit anderen Worten, Plotinos betrachtete eine Person als ein einheitliches und unteilbares Wesen, das durch eine Art von Abwärtsneigung oder ein Heraustreten aus sich selbst in eine unendliche Vielheit ausläuft. Schon Plotinos bemerkte, daß jeder Mensch diese zwei Zustände an sich in Erfahrung bringen könnte. In dem einen neigen sie zur Teilung und zur Materialisierung, im anderen dagegen zur Vergeistigung und zum Streben nach einer immer höheren Einheit. Das würde bedeuten, daß die Einheit der Person zur Vereinigung mit der Einheit anderer Personen und mit Gott selbst neigt.

In diese Feststellung von der menschlichen Persönlichkeit ist also eine ganze Metaphysik eingeschlossen, und Bergson nennt diese Anschauung das Werk eines tiefen Psychologen. Die rein psychologischen Elemente darin stützen zwar das von Plotinos errichtete Gebäude nur schwach oder zum Teil, aber sie sind lehrreich, namentlich durch die Entwicklung der Idee, die in den meisten neueren metaphysischen Systemen zum Ausdruck gekommen ist, daß nämlich Tätigkeit geringer ist als Betrachtung, Bewegung geringer als Unbeweglichkeit, daß die Dauer einer unendlichen Teilung fähig ist, daß der Mensch sich außerhalb der Zeit stellen müsse, um Wesentlichkeit zu finden. Das hält nun Bergson gerade für das Gegenteil der Wahrheit und meint, daß man diesen Gesichtspunkt des Plotinos umkehren müsse, um gewissen Bestandteilen seiner Lehre volles Gewicht zu geben. Unter Anerkennung dieses Grundsatzes aber habe Plotinos Vollkommenes geleistet, so daß auch später die Metaphysik wenig hinzugetan habe. Mit Ausnahme von Kant hat die Metaphysik im allgemeinen nur die Theorie der Persönlichkeit, wie sie Plotinos entwickelt hat, wiederholt, und zwar fast immer in einer abgeschwächten Form. Die Abschwächung geschah als Folge der naturwissenschaftlichen Entwickelung. Da die Natur durch das Eindringen der Forschung immer mehr als gigantische Maschine erschien, beseitigte sich die Anschauung, daß alles in der körperlichen Welt, einschließlich der lebenden und bewußten Körper, durch mechanische Gesetze regiert werde und erklärt werden könne. Dadurch wurde der freie Wille, den die Philosophie des Altertums im allgemeinen zugestand, ohne ihm freilich große Bedeutung beizulegen, auf dem Altar der Naturwissenschaft geopfert. Gegen diese Verstümmelung hat sich die Kantsche Kritik hauptsächlich gewandt. Sie suchte die menschliche Freiheit zu retten, indem sie sie außerhalb der Zeit stellte oder vielmehr den Begriff der Zeit lediglich von unserer Erkenntnisfähigkeit abhängig machte.

Daran knüpft Bergson an, indem er in dieser Annahme eine offene Tür für eine Metaphysik von ganz anderer Art erblickt, die eine innigere Erforschung unserer inneren Erfahrungen anstrebt und die Abhängigkeit der Zeit vom Menschengeist und umgekehrt aufhebt. Eine große Schwierigkeit besteht in der überlieferten Lehre, wonach die Einheit, deren wesentliches Element die Persönlichkeit ist, das Begriffsvermögen übersteigt. Auch Kant unterschied gleich seinen Vorgängern zwei verschiedene Ichs und bezeichnete das wahre Selbst als unzugänglich für das Erkenntnisvermögen. Bergson ist in dieser Hinsicht mit Kant ganz und gar nicht einverstanden und wirft ihm vor, er habe nicht die nötige Mühe aufgewandt, das Innenleben in den Bereich des Bewußtseins zu bringen. Ein etwas sonderbar klingender Vorwurf! Der moderne Philosoph meint, daß das nach innen gerichtete Bewußtsein vielfache geistige Zustände wahrnehme, die einander folgen, daß aber ihre Vielfältigkeit nur künstlich und scheinbar sei. Sie werde nämlich dadurch verursacht, daß der psychische Zustand durch das Bewußtsein nur in einzelnen Bruchstücken aufgefaßt werde, wie sie sich der Tätigkeit und dem Leben anpassen. Der Mensch habe sich gewöhnt, bei all seinen Spekulationen die Unbeweglichkeit und das Unveränderliche als Ausgangspunkt und als Grundlage für die Beurteilung der Bewegung, Veränderung und Tätigkeit zu wählen. Die Unbeweglichkeit soll der Beweglichkeit vorausgehen und einfacher zu beurteilen sein. Das ist nach Bergson ein Fehler. Wer sein Innenleben unmittelbar und ohne Zwischenschaltung eines Schleiers betrachten wolle, müsse sich von dieser gewohnten Anschauung freimachen und die Unbeweglichkeit als etwas weniger Einfaches ansehen als die Bewegung, einen Zustand verwickelter als die Veränderung.

L.